

Regierungsprogramm 2011

Integration

Thema:

Integration – miteinander leben in Baden-Württemberg

Problembeschreibung:

In Baden-Württemberg leben gut zweieinhalb Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 25 %. Hierbei machen Ausländer knapp die Hälfte dieser Gruppe aus, während der überwiegende Teil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Neben den vieldiskutierten und weit verbreiteten Problemen mit der Integration in Deutschland sind als einer der Knackpunkte in Baden-Württemberg die vergleichsweise deutlich schlechteren Schulabschlüsse der Menschen mit Migrationshintergrund hervorzuheben. In der Gruppe der 25- bis 30-jährigen erlangten gut 40 % von ihnen nur einen Hauptschulabschluss (der Anteil bei den Personen ohne Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe liegt bei gut 20 %) und nur 28 % erreichten die Fachhochschulreife (gegenüber 44 % bei den Personen ohne Migrationshintergrund). Besonders dramatisch ist die Zahl der 25-bis 30-jährigen ohne Schulabschluss: während 1 % der Personen ohne Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss verlassen hatte, liegt der Anteil bei den Personen mit Migrationshintergrund bei 6 %.

Diese Zahlen spiegeln sich in ihrer Tendenz auch bei der beruflichen Bildung (ein Drittel der 25-bis 30-jährigen Personen mit Migrationshintergrund ist ohne beruflichen Ausbildungsabschluss) und bei der Erwerbstätigkeit wider. So liegt die Erwerbslosenquote bei den Personen mit Migrationshintergrund deutlich über dem Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund (im Jahr 2007: 8,8 % gegenüber 3,7 %). Anspruch auf staatliche Transferleistungen (einschließlich ALG I, Hartz IV und BAföG) haben 7 % der Personen mit Migrationshintergrund und dem gegenüber nur 3 % der Personen ohne Migrationshintergrund.

Ein weiterer Kernpunkt betrifft die im Erwachsenenalter zugezogenen Personen mit Migrationshintergrund. Die Durchführung der Integrations- und Orientierungskurse ist nach unserer Überzeugung ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings müssen wir kritisch feststellen, dass die ersten Erfahrungen der vergangenen Jahre einiges Optimierungspotential offen gelegt haben.

Ein wichtiger landespolitischer Diskussionspunkt ist die Verankerung der Integrationspolitik in der Landesregierung. Derzeit fungiert der Justizminister auch als Integrationsbeauftragter, aber die thematische Zuständigkeit verteilt sich auf das Staatsministerium mit einer „Staatsrätin für interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie gesellschaftliche Werteentwicklung“, das Innenministerium mit dem „Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler“, das Kultusministerium für den wichtigen Bereich Bildung und das Sozialministerium mit dem Thema Gesundheit.

Weitere im Zusammenhang mit der Integration zu diskutierende Punkte sind die Weiterentwicklung des Landesintegrationsplans, die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer, die Unterstützung der Migrantenselbstorganisation, die vermehrte Einstellung von Migranten in den öffentlichen Dienst und nicht zuletzt die Erleichterung des dringend notwendigen Fachkräftezuzugs und die damit einhergehende Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

Position/Forderung:

Die oben genannten Zahlen zeigen, dass die Grundlagen für ein erfolgreiches Berufsleben in Deutschland – und dies ist ein ganz wesentliches Element gelungener Integration – bereits im Kindesalter gelegt werden. Dreh- und Angelpunkt ist neben engagierten und kulturell offenen Elternhäusern die deutsche Sprache. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits im Kindergarten und in der Vorschule gezielt die deutsche Sprache gefördert wird und die Kenntnisse überprüft werden. Hierzu gehört es für uns auch, die Kindergartengebühren abzuschaffen und damit allen Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen.

Für Personen, die im Erwachsenenalter nach Deutschland kommen und über keine oder wenige Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, sind die Integrations- und Orientierungskurse ein wesentliches Element für ihren Start in Deutschland. Diese Kurse will die SPD in ihrer Qualität weiterentwickeln und in ihrer Quantität ausbauen. Der oft zitierte Satz „Die Integration findet in den Kommunen statt“ kann hier den Anstoß dafür geben, die Organisation und Durchführung der Kurse in die Hände der Kommunen zu legen. Hierdurch könnten die lokalen Gegebenheiten stärker berücksichtigt und ein von den Teilnehmern noch besser zu nutzendes Angebot geschaffen werden. Zum Thema der Integrationskurse gehört es auch, die Teilnehmer deutlicher und konsequenter in die Pflicht zu nehmen. Noch immer verweigern Menschen mit Migrationshintergrund die Teilnahme oder brechen vorzeitig ab. Dringender Reformbedarf besteht dahingehend, entsprechende Sanktionen gesetzlich zu verankern, wobei jeder Fall individuell beurteilt werden muss und auf die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen im Einzelfall zu achten ist.

Zur Frage der Verankerung der Integrationspolitik auf Landesebene ist es unbestritten, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist. Um effektiv die Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik zu schaffen müssen gerade deshalb alle Stränge in einer Hand zusammenlaufen. Wir fordern daher einen zentralen Ansprechpartner direkt im Staatsministerium: einen „Staatsminister für Integration“ in Baden-Württemberg.

Zum Schluss sehen wir aber auch die einheimische Bevölkerung selbst in der Pflicht: die Baden-Württemberger tun gut daran, den Mut für ein Leben in einem fremden Kulturkreis und die Lebensleistungen der Migranten anzuerkennen und sie Teil der hiesigen Gesellschaft werden zu lassen, sei es als Lehrer oder Arbeitgeber, Vereinsvorstand oder bei der Begegnung auf der Straße.